



## **Gemeinsames Lernen ist Menschenrecht Zur Umsetzung der UN Konvention in Deutschland Kristel Sauder**

begründende Ausnahme und nicht die Regel für Kinder mit Behinderungen.“

Demgegenüber wird die Mehrzahl dieser Kinder heute in Deutschland in Sonderschulen unterrichtet und gefördert. In Niedersachsen ist ihre Quote mit 95,3 Prozent besonders hoch. Nur 4,7 % lernen gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern. Diese Integration findet lediglich in einigen Grundschulen statt und danach in wenigen ohnehin stark belasteten Hauptschulen oder Gesamtschulen. Obwohl die Zahl der Schüler/innen insgesamt rückläufig ist, stieg sie in den Sonderschulen in den letzten Jahren noch an. „Aussonderung in Deutschland nimmt nicht ab, sondern zu.“ Die größte Gruppe unter den Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind die Kinder mit einer sog. Lernbehinderung. Kinder mit dem Förderschwerpunkt Lernen gehörten in anderen Ländern ganz selbstverständlich in die Regelschule. Nach der Grundschulzeit müssen viele Kinder hierzulande gegen den Willen ihrer Eltern eine Zwangsüberweisung zur Sonderschule akzeptieren – eine deutsche Besonderheit, so die Referentin. Nur in Bremen gibt es bisher einen Rechtsanspruch auf Gemeinsamen Unterricht.

Inklusive Bildung oder gemeinsames voneinander und miteinander Lernen ist seit langem das Leitziel der UNESCO, denn nur so können Chancengleich-

heit, Diskriminierungsfreiheit und die Erfahrung eigener Würde verwirklicht werden. Diese Behauptung gründet sich auf wissenschaftlich empirisch abgesicherte nationale und internationale Untersuchungen zur Sonderbeschulung und zum Gemeinsamen Unterricht. Alle Beteiligten ziehen aus dem GU ihren Nutzen, Stigmatisierung und Scham werden verhindert. „Im GU wird das gebraucht, was aus wissenschaftlicher Sicht heute guten Unterricht ausmacht.“ Dennoch zeugten politische Reaktionen mehrheitlich von einer bewussten Missachtung der UN Konvention, da längeres gemeinsames Lernen in Deutschland fast überall eher behindert als gefördert werde.

In der anschließenden Podiumsrunde mit der Stadtelterntatsvorsitzenden Petra Knabenschuh, Rebecca Babilon von der Montessori-Schule, Benno Schomaker (Schulleiter der Schule in der Dodesheide) und Josef Thale (Stellvertr. Schulleiter der IGS Fürstenau) äußerten sich alle Beteiligten positiv zum Leitziel und zur Notwendigkeit eines öffentlichen Umdenkens. Die Schulpraktiker berichteten von einzelnen geglückten Lernprozessen in ihren Schulen, Frau Babilon von umfassenden eigenen guten Erfahrungen in den USA.

Als Rückschlag stelle sich jedoch der zunehmende Leistungsdruck und fragwürdige Testverfahren in den Grund-

In einer gut besuchten Veranstaltung unseres Kreisverbandes in Kooperation mit *Arbeit und Leben* und der Volkshochschule wurde die Umsetzung der seit Dezember 2006 bestehenden Konvention der Vereinten Nationen über das Recht auf Bildung von Menschen mit Behinderungen ohne aussondernde Diskriminierung beleuchtet.

Zu Beginn ihres Vortrags stellte die Expertin Dr. Brigitte Schumann mit Bedauern fest, dass sich in der deutschen Kultusminister-Konferenz die falsche Übersetzung des englischen Begriffes „inclusion“ politisch durchgesetzt habe: nicht Inklusion/inklusiv (Einbeziehung/einschließend), sondern Integration/integrativ, was meistens die Anpassung des zu Integrierenden an das bestehende System meint. Genau das Gegenteil ist aber die Bedeutung von Inklusion. Deshalb sei ein entscheidender bildungspolitischer Paradigmenwechsel und Mentalitätswandel erforderlich. „Inklusion setzt ein System voraus, das von der Unterschiedlichkeit der Lernenden ausgeht, diese akzeptiert und wertschätzt und sich daran anpasst. Die Frage, ob ein Kind integrationsfähig ist, stellt sich nicht. Die Sonderbeschulung ist eine besonders zu

**Die erste Adresse,  
wenn es um Bildung geht.**

schulen dar sowie generell das Leiden am deutschen gegliederten Schulsystem – darin waren sich Podium und Auditorium einig. Aktuell gibt es in den Osnabrücker Grundschulen rund 700 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Für sie und die Zukunft muss auch in Deutschland das Recht auf gemeinsamen Unterricht gelten. Förderschulen könnten als Angebotsschulen wo sie Sinn machen erhalten bleiben.

Die UNESCO Vorgabe verlangt von den Bundesländern konkrete Pläne zur Umsetzung der Konvention.

In der Schlussrunde der vom VHS-Leiter Dr. Bösling moderierten Veranstaltung wünschten sich die Podiumsteilnehmer/innen für die nächsten drei bis fünf Jahre eine Fortsetzung der Grundschule für alle, Gesamtschulen ernst nehmen, keine Zwei-Säulen-Modelle und der Moderator für alle: Mut zur Veränderung.

**hib**

hochschul-  
informations-  
büro

<http://www.hib-os.de/>

**campact!de**  
DEMOKRATIE IN AKTION

**AM ATOMAUSSTIEG NICHT RÜTTELN!**



**Bundesarbeitsgemeinschaft  
Gemeinsam leben –  
gemeinsam lernen e.V.**

<http://www.gemeinsamleben-gemeinsamlernen.de/>

„Niemand darf aufgrund von Merkmalen, die zu seiner Person gehören, ausgesondert werden. Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben innerhalb seiner sozialen Bezüge. Deshalb fordern wir eine gemeinsame Erziehung und Bildung für alle im vorschulischen, schulischen und beruflichen Bereich, orientiert an den Bedürfnissen des Einzelnen.“



Die Idee von Campact steckt schon im Namen: Campaign und Action. Campact organisiert Kampagnen, bei denen Menschen sich via Internet in aktuelle politische Entscheidungen einmischen - per E-Mail, Fax oder dem Griff zum Telefonhörer. Verknüpft über den Campact-Newsletter ist in den letzten vier Jahren ein Netzwerk von derzeit 170.721 Menschen entstanden. Wir setzen die Vielzahl unserer Stimmen gut organisierten Lobbyinteressen entgegen. Werden Sie Teil des Netzwerks!  
<http://www.campact.de/campact/home>